



Gerold Reichenbach, MdB

Ausgabe 01/2016

© Corrina van den Brink

Happy Birthday, Mindestlohn!

Der Mindestlohn ist ein historischer Meilenstein für die soziale Marktwirtschaft. Seit dem 1. Januar 2015 profitieren rund 3,7 Millionen arbeitende Menschen von seiner Einführung – in Ost und West gleichermaßen.

Keines der Horror-Szenarien ist eingetreten – im Gegenteil: Nach 365 Tagen steht fest, dass der Mindestlohn eine Erfolgsgeschichte ist.

„Mit 8,50 Euro pro Stunde setzt der Mindestlohn eine gesetzliche Lohnuntergrenze und ist ein großer Erfolg, um die Würde der Arbeit zu schützen und Lohndumping zu Lasten der ehrlichen Arbeitgeber einzudämmen.“

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin

Tel. +49 30 227 72150
Fax: +49 30 227 76156

Mail:

gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:

<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:

Eva Kallweit

V.i.S.d.P.:

Gerold Reichenbach, MdB

Teilnehmer/innen für Jugendmedienworkshop des Bundestages gesucht

"Eine neue Heimat" heißt das Thema unter welchem der nächste Workshop für junge Medienmacherinnen und Medienmacher zwischen 16 und 20 Jahren vom 24. bis 30. April 2016 im Deutschen Bundestag steht.

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e. V. mittlerweile zum dreizehnten Mal 30 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Petra Pau, hat dieses Mal die Schirmherrschaft inne. Eine Woche lang werden die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, lernen Hauptstadt-Journalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Zeitung.

„Eine andere Heimat“ lautet der Titel der Veranstaltung. Aktuell wird Deutschland Zufluchtsort für viele heimatlos gewordene Flüchtlinge. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich mit der Frage, ob Deutschland für Geflüchtete zu einer anderen Heimat werden kann, und ob Deutschland damit auch zu einer anderen Heimat für die hiesige Gesellschaft wird.

Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema des Workshops. Eingereicht werden können Artikel, Video-/Audiobeiträge oder Fotoarbeiten. Nähere Informationen zum Workshop und den Bewerbungsbedingungen finden sich auf der Homepage <http://www.jugendpresse.de/bundestag>. Interessenten können sich auch an mein Bundestagsbüro wenden. Bewerbungsschluss ist der 28. Februar 2016.

UN-Behindertenrechtskonvention wird weiter umgesetzt

Die Bundesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) beschlossen. Die geplanten Neuerungen orientieren sich an der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie werden die gleichberechtigte Teilhabe der rund zehn Millionen Menschen am gesellschaftlichen Leben in Deutschland weiter voranbringen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach erklärt hierzu: „Ich freue mich, dass durch die Gesetzesreform endlich

Nach einem Jahr zeigt sich: Keines der Horror-Szenarien rund um den Mindestlohn ist eingetreten. Die Fakten sprechen für den Mindestlohn. Ich bin stolz, dass wir als SPD an der Seite der Gewerkschaften diesen wichtigen Schritt hin zu einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gemacht haben. Happy Birthday, Mindestlohn", erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach.

So hat es keine Jobverluste gegeben – wie von den Mindestlohn-Kritikern behauptet wurde. Im Gegenteil, wie Gerold Reichenbach betont: „Das Hoch auf dem Arbeitsmarkt hält weiter an. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit 24 Jahren. Nur die Zahl der Minijobs ging zurück, bei gleichzeitig deutlich höherem Anstieg der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.“ Hinzukommt: Zehntausende Beschäftigte sind nicht mehr gezwungen, ihren Lohn mit Hartz-IV-Leistungen aufzustocken. Bis August gab es rund 50.000 weniger sogenannte Aufstocker. „Das ist gut für die Beschäftigten, für die ehrlichen Arbeitgeber auch bei uns in der Region und für die Allgemeinheit. Denn ehrliche Löhne bedeuten mehr Steuereinnahmen, mehr Sozialversicherungsbeiträge und mehr Fairness beim Wettbewerb um Aufträge“, erklärt Gerold Reichenbach.

Ein Vorurteil, das sich ebenfalls nicht bewahrheitet hat: Der Mindestlohn schadet der Wirtschaft. Das Gegenteil ist der Fall: Er nutzt ihr. „Die Wirtschaft merkt, dass die Menschen mehr Geld in der Tasche haben“, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete.

klargestellt wird, dass Behinderungen nicht per se einer Person anhaften, sondern oft erst durch Barrieren in der Umwelt entstehen. Folgerichtig zielt das neue BGG vor allem darauf ab, bauliche und kommunikative Barrieren innerhalb der Bundesverwaltung zu beseitigen.“

Durch das neue BGG wird die Vielfalt der Kommunikationsformen gestärkt, die Menschen mit Behinderungen nutzen. „Eine große Errungenschaft ist der Rechtsanspruch auf ‚Leichte Sprache‘ und verständliche Information, der insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten zugutekommt“, betont der SPD-Bundestagsabgeordnete Reichenbach. Barrieren im baulichen Bereich werden zukünftig nicht nur beim Neubau vermieden, sondern sollen nun auch in Bestandsbauten angegangen werden. Dabei wird eine neu einzurichtende Bundesfachstelle für Barrierefreiheit die Verwaltung, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft bei Fragen zum Abbau von Barrieren beraten und unterstützen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Reichenbach hebt hervor: „Das neue BGG erkennt die besondere Situation einer Benachteiligung aus mehreren Gründen, wie beispielsweise Behinderung und Geschlecht, an. Insbesondere Frauen mit Behinderungen, die leider oft mehrfache Diskriminierung erfahren, profitieren davon.“

Die Wirksamkeit des BGG soll durch eine neue, bei der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung angesiedelten, Schlichtungsstelle erhöht werden. Sie soll es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, ihre Rechte niederschwellig und zunächst außergerichtlich einzufordern. „Ich begrüße die Weiterentwicklung des BGG. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention konstruktiv am parlamentarischen Verfahren beteiligen“, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach.

Konsequenzen aus Köln: Handlungsfähiger, starker Staat

Egal, ob es um die widerwärtigen Angriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten oder die ausländerfeindlichen Attacken in Leipzig und andernorts geht, der Rechtsstaat muss mit aller Konsequenz klar stellen: In unserem Land gibt es keine rechtsfreien Räume! Das gilt übrigens ebenso für die selbsternannten „Bürgerwehren“, die sich auch in Hessen formieren. Alle, die hier leben, egal wo sie herkommen oder welche Nationalität sie haben, müssen sich an Recht und Gesetz halten, andernfalls müssen sie mit Konsequenzen rechnen. Justizminister Heiko Maas hat sich in der Debatte am Mittwoch im Bundestag sehr treffend geäußert und wurde dabei nicht nur von Manuela Schwesig und anderen Genossinnen und Genossen unterstützt, er erhielt auch Applaus von Teilen der Union und von grüner Seite:

„Erstens: Niemand darf sich in Deutschland über Recht und Gesetz stellen, und zwar völlig unabhängig davon, welchen Pass er hat oder ob er überhaupt einen Pass hat. Zweitens: Für sexuelle Übergriffe auf Frauen gibt es keine Rechtfertigung und auch keine Entschuldigung. Auch ein möglicher kultureller Hintergrund entschuldigt nichts; ganz im Gegenteil: Er ist noch nicht einmal als Erklärung akzeptabel. Drittens: Kriminelle müssen für ihre Taten konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Bei kriminellen Ausländern ist auch die Ausweisung eine solche Konsequenz.“

Selten sei die Konsumlaune der Verbraucher besser gewesen. Geringverdiener haben durch den Mindestlohn einen Lohnzuwachs von fünf Prozent.

„Für mich steht fest: Ein Jahr Mindestlohn ist ein längst überfälliger Fortschritt. Nun gilt es, den Wert der Arbeit zukunftsfest und fair zu gestalten“, erklärt Gerold Reichenbach.

Gedenken an die Opfer des Attentats in Istanbul

Der Bundestag hat zu Beginn seiner Plenarsitzungen des neuen Jahres der Opfer des Selbstmordanschlags von Istanbul gedacht. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert sprach den Angehörigen aller Opfer unsere Anteilnahme aus und erinnerte an die vielen zum Teil schwer Verletzten, von denen einige um ihr Leben kämpfen. Gleichzeitig sicherte er den Menschen und den Behörden in der Türkei unsere Unterstützung bei der Aufklärung der Hintergründe dieses feigen und brutalen Anschlags zu. „Das lebendige, weltoffene und bei Touristen aus aller Welt beliebte Istanbul zum Angriffsziel zu wählen, folgt der Absicht, Angst in die Metropolen und Städte zu tragen“, betonte der Bundestagspräsident. „Den aufgezwungenen Kampf muss man entschlossen aufnehmen“. Wir dürfen nicht aus Angst aufhören, unsere freiheitlichen Grundwerte auch zu leben. Als Demokraten müssen wir zusammenstehen und dem Terror die Stirn bieten.

Hier finden Sie die gesamte Plenar-Debatte vom 13. 01. 2016, inklusive der Rede des Justizministers:

<http://www.bundestag.de/mediathek/?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=details&ids=6415463&instance=m187&ategorie=Plenarsitzung&mask=search>

Wo immer es möglich ist, müssen Täter aus dem Ausland schnell abgeschoben werden und gegebenenfalls ihre Strafe in ihren Heimatländern verbüßen. Wichtig ist aber auch, dass wir neben den 3000 zusätzlichen Bundespolizisten, die die SPD durchgesetzt hat, noch mehr Personal, übrigens auch mit Migrationshintergrund, bei den Vollzugsbehörden brauchen! Dies gilt sowohl für die Bundespolizei als auch für die Landespolizei. Und wir dürfen die Seite der Opfer nicht außer Acht lassen. Das Strafrecht muss wo nötig so geändert werden, dass eine Anzeige wegen sexueller Belästigung oder Nötigung auch Aussicht auf Erfolg hat und die Täter konsequent verfolgt werden; egal, aus welchem Land sie kommen oder welcher Religion sie angehören. Diese Konsequenz sind wir nicht nur den Opfern der Silvesternacht schuldig, sondern es würde auch dem Schutz zukünftiger Opfer dienen. Darüber hinaus schützen wir damit auch unbescholtene Flüchtlinge, die es nicht verdient haben, mit Kriminellen in einen Topf geworfen zu werden.

Solidarische Finanzierung von Gesundheitsleistungen

Wir wollen, dass Gesundheit in Deutschland nicht vom Geldbeutel abhängt. Alle Menschen in Deutschland sollen den gleichen Zugang zu medizinisch notwendigen Gesundheitsleistungen haben. Das haben wir mit einem Beschluss auf der Fraktionsklausur der SPD-Bundestagsfraktion zum Ausdruck gebracht, in dem wir uns gegen eine Novellierung der Gebührenordnung der Ärzte (GOÄ) aussprechen. Die zurzeit diskutierte Novelle der GOÄ hätte eine Steigerung der privatärztlichen Honorare zur Folge. Dadurch würde es für Ärzte noch attraktiver, Privatpatienten statt Kassenpatienten zu behandeln. Außerdem wollen wir, dass die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wieder zu gleichen Teilen von den Versicherten und den Arbeitgebern getragen werden. Zurzeit werden die kassenindividuellen Zusatzbeiträge alleine den Versicherten aufgebürdet. Als Schwarz-Gelb seinerzeit die paritätische Finanzierung der GKV aufgegeben hat, ging es darum, die Lohnnebenkosten zu senken, um die Arbeitgeber in Zeiten der Wirtschaftskrise zu entlasten. Doch mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen fundamental gewandelt: Die deutsche Wirtschaft brummt und die Beschäftigtenzahlen liegen auf Rekordniveau. Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Da haben wir als treibende Kraft in der Regierung vieles geleistet. Doch unsere guten Strukturreformen für eine verbesserte gesundheitliche Versorgung der Menschen führen auch zu Kostensteigerungen und damit zu steigenden Beitragssätzen. Es ist sozial unausgewogen, wenn diese Steigerungen künftig allein zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Die Zementierung des Arbeitgeberbeitrages führt vielmehr dazu, dass sich die Schere zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil immer weiter öffnen wird. Wir müssen dieser Entwicklung einen Riegel vorschieben. Deshalb tritt die SPD für paritätische Finanzierung der Krankenversicherung ein.